

Klimaschutz: Der Staat soll ein Vorbild sein

Postulat Der Staat soll Vorbild bei den Themen Klimaschutz und Energieeffizienz sein. Welches Potenzial hier Staatsgebäude bieten, soll die Beantwortung eines FBP-Postulats zeigen, das mit 20 Jastimmen grossmehrheitlich überwiesen wurde.

Die Abgeordneten waren sich gestern einig: Es ist Aufgabe des Staates, in Sachen Nachhaltigkeit voranzuschreiten, um auch von den Einwohnern einen essenziellen Beitrag abverlangen zu können. Grosses Potenzial bietet dabei auch der Gebäudesektor. Der Staat besitzt aktuell 65 Bauten, 4 weitere sind in Planung. Inwieweit hier eine Vorreiterrolle in Sachen Klimaschutz und Nachhaltigkeit übernommen wird, wollen die FBP-Abgeordneten mit einem eingebrachten Postulat erörtern. «Wir wollen wissen, ob unsere Exekutive eine Musterschülerin ist. Oder gibt es noch Hausaufgaben zu machen?», formulierte Nadine Vogelsang (FBP).

Prüfung der Staatsgebäude

Durch das eingebrachte Postulat werde die Regierung eingeladen, die Energieeffizienz aller staatlichen Gebäude, sowohl der bestehenden als auch der geplanten Neu-

bauten, zu prüfen sowie transparente Ziele und entsprechende Massnahmen zu formulieren. Berücksichtigt werden sollen nicht nur die Einsparungsmöglichkeiten, sondern auch die Möglichkeiten zur Gewinnung und Speicherung von Energie. Ebenso soll die Regierung die staatlichen Gebäude im Sinne der Kreislaufwirtschaft überprüfen – welche nachhaltigen Rohstoffe verwendet werden und wie kann mit dem immer knapperen Depo-nieraum umgegangen werden. Nach Ansicht der Postulanten sollte das Land mit gutem Vorbild vorangehen und keinen Neubau oder Umbau realisieren, bei dem nicht alle sinnvollen Möglichkeiten ausgeschöpft wurden. Die Gebäude des Landes sollen zu nachhaltigen Energieverbräuchen und -quellen werden. Es gelte, die Energieeffizienz zu steigern, erneuerbar zu heizen und mehr Strom zum Beispiel mittels PV-Anlagen zu produzieren. In Zu-



«Wir wollen wissen, ob unsere Exekutive eine Musterschülerin ist. Oder gibt es noch Hausaufgaben zu machen?»

NADINE VOGELSANG
STELLV. ABGEORDNETE FBP

kunft solle nicht das schönste Gebäude einen Architekturwettbewerb gewinnen, sondern das nachhaltigste, so Nadine Vogelsang. Die Abgeordneten goutierten das Postulat, wengleich manche sich auch eine Überprüfung von Gebäuden

staatsnaher Betriebe oder die Involvierung weiterer Aspekte gewünscht hätten. Als Beispiele wurden die Begrünung der Gebäude, die Mobilität oder der Beitrag der Gebäude zum Aufbau eines lokalen Strommarktes genannt.

Regierung will Verwaltung prüfen

Ministerin Graziella Marok-Wachter und Regierungschef Daniel Risch wiesen darauf hin, dass das aktuelle Regierungsprogramm im Zeichen der Nachhaltigkeit stehe und bereits an sehr vielen Themen in Richtung Nachhaltigkeit gearbeitet werde. Insbesondere werde von der Regierung derzeit ein Projekt in Angriff genommen, das die gesamte Landesverwaltung unter dem Aspekt der Klimaneutralität betrachte. Neben den Gebäuden würden hier viele weitere Themen geprüft. Das Postulat ziele genau in diese Richtung. Mit 20 Jastimmen wurde dieses dann auch an die Regierung überwiesen. (sb)

Regierung muss sich Gedanken über die Grösse von Schulklassen machen

Bildung Das Postulat der FPB-Fraktion mit dem Ziel, die Kriterien für die maximale Klassengrösse zu überarbeiten, fand eine Mehrheit. Auch wenn nicht alle der Meinung waren, dass durch kleinere Klassen bessere Lernerfolge und eine höhere Unterrichtsqualität resultieren.

VON TATJANA BÜCHEL

Zusätzlich zu den Kriterien für die Klassengrösse soll die Regierung aufzeigen, welchen Einfluss kleinere Klassen auf die Integration und Inklusion haben, welche Kosten mit einer Reduktion der Klassengrössen auf die Gemeinden und auf das Land zukommen würden und wie Anpassungen des Regelwerks der jeweiligen Schulleitung mehr Spielraum für Entscheide erteilen könnten. Das fasste der FBP-Landtagsabgeordnete Daniel Oehry am Mittwoch in seinem Votum nochmals zusammen.

Weiter ging er auf den Grund für das Postulat ein. Die Regeln bezüglich maximaler Klassengrösse wurden im Rahmen der Sanierung des Staatshaushaltes angepasst – also aus rein finanz- und nicht auch bildungspolitischen Überlegungen. Mittlerweile sei der Staatshaushalt jedoch wieder im Lot und man müsse sich Gedanken darüber machen, welche Richtwerte für die Bestimmung der Klassengrössen die richtigen seien. Verschiedene Studien würden den positiven Einfluss von kleineren Klassen aufzeigen und diese wissenschaftlichen Erkenntnisse gelte es auch in Liechtenstein zu berücksichtigen. Das Fazit der FBP-

Fraktion: «Eine Reduktion der maximalen Klassengrösse wird einen Beitrag zur Steigerung der Unterrichtsqualität und des Lernerfolgs bei Schülern und Schülerinnen leisten.»

Klassengrösse nicht überbewerten

Bei dieser Aussage hakte Georg Kaufmann (FL), der selbst über 20 Jahre lang Lehrer war, in seinem Votum ein. Seiner Meinung nach brauche es ein flexibles Modell, in dem Lehrpersonen und Schulleitungen ein Mitspracherecht über die Klassengrössen an ihren Schulen hätten. Für ihn ist die Klassengrösse nämlich nur einer von vielen Faktoren für den Lernerfolg. Durch dieses Fazit im Postulat werde sie aber auf eine höhere Stufe gehoben und damit die Bedeutung anderer Massnahmen in ihrer Bedeutung abgemindert. Auch Mario Wohlwend (VU) sieht in der Reduktion der Klassengrösse nicht den einzigen Weg, Schulkinder besser zu fördern: «Vielmehr muss es uns gelingen, die Begeisterung und das Vertrauen der Schüler zu erlangen. Erst dann kann man mit einem nachhaltigen Lernprozess starten.» Weil jedes Kind auf andere Art und Weise lernt, sei es wichtig, junge Menschen individuell abzuholen und auf die Bedürfnisse und Fähigkeiten einzugehen. So mache Ler-

nen Spass und «alles, was Spass macht, wird nicht als negativer Stress wahrgenommen und fördert den späteren Erfolg».

Die VU-Abgeordneten Thomas und Günter Vogt betonten ebenfalls, dass die Klassengrösse allein nicht als Garant für bessere schulische Leistungen angesehen werden könne. Sondern vor allem die Lehrpersonen selbst und deren Beziehung zu den Schulkindern spiele eine Schlüsselrolle. Zusammengefasst meint Günter Vogt also: «Der Vorschlag greift viel zu kurz.» Auch Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz (VU) teilte die Überzeugung, dass vor allem die Lehrpersonen ausschlaggebend für die Qualität des Unterrichts sind. In einer Reduktion der Klassengrössen sieht sie zudem einen höheren Kostenpunkt, jedoch ohne bestätigte Erfolgsgarantie. Einen möglichen Ansatz sieht sie darin, Zusatzpersonal – wie beispielsweise Sonderpädagogen – aufzustocken und somit die Möglichkeit auszubauen, noch individueller auf die Kinder einzugehen.

Einsparungen bereits reinvestiert

Dass besonders die Lehrpersonen für den Erfolg und für die Qualität des Unterrichts verantwortlich sind, betont auch Bildungsministerin Do-



FBP-Sprecher Daniel Oehry freut sich über die Landtagsmehrheit für das Postulat.

minique Hasler (VU). Ausserdem habe man das Geld, das dank der Anpassung der Klassengrösse eingespart werden konnte, bereits wieder in das Bildungssystem reinvestiert. Das Schulsystem habe sich weiterentwickelt und deshalb habe man den Betreuungsschlüssel in den Klassen ausgebaut. Bedeutet: Es gibt mehr Lehr- und Fachpersonen pro Schulkind als noch vor einigen Jahren. Mit dem Einsatz verschiedener Fachpersonen könnten Schulen bereits heute sehr flexibel auf die Bedürfnisse der Kinder eingehen. Sei dies zum Beispiel bei sprachlichen Schwierigkeiten, Lernproblemen oder aber bei einer allfälligen Hoch-

begabung. Hasler betonte deshalb, dass in Bezug auf die Qualitätssteigerung nicht an den Klassengrössen, sondern am Betreuungsaufwand pro Kopf geschraubt werden müsse.

16 Jastimmen fürs Postulat

Nach weiteren Wortmeldungen war man sich schliesslich im Grossen und Ganzen einig, dass der Lernerfolg auf jeden Fall nicht nur von der Klassengrösse abhängt, ein flexibler Ansatz – wie im Postulat ebenfalls erwähnt – aber durchaus anzudenken ist. Nach längerer Diskussion also wurde das FBP-Postulat mit 16 Jastimmen mehrheitlich an die Regierung übergeben.

ANZEIGE

Mistelzweig trifft ...

